

# Angewandte Totalitarismustheorie

## NRW-Verfassungsschutz kann selbst nicht mehr zwischen »links« und »rechts« unterscheiden

*Von Markus Bernhardt*

Nachdem in der vergangenen Woche das Bundesamt für Verfassungsschutz seinen Jahresbericht vorgestellt hatte, folgte am Montag der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht für 2015. »Die extremistischen Straftaten im Rechts- wie im Linksextremismus verzeichnen deutliche Steigerungsraten«, bilanziert Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) in seinem Vorwort. Auch der Zulauf zur salafistischen Szene sei ungebrochen. Laut Jäger lebten alleine in Nordrhein-Westfalen rund 2.700 salafistische Extremisten. Etwa 140 davon seien minderjährig. Angeblich als Konsequenz daraus plant die SPD-Grünen-Landesregierung das Verfassungsschutzgesetz zu ändern. So kündigte Jäger am Montag an, dass künftig auch die personenbezogenen Daten Minderjähriger nach Vollendung des 14. Lebensjahres gespeichert würden, wenn sie gewaltbereit seien.

Außerdem warnte der Innenminister vor »einem ganz neuen rechtsextremistischen Tätertyp«, mit dem man es nunmehr zu tun habe. Bis Anfang Juni dieses Jahres habe es im bevölkerungsreichsten Bundesland 114 »politisch motivierte Taten gegen Flüchtlingsunterkünfte« gegeben. Darunter 22 Gewaltdelikte. 66 Prozent der Personen, die bislang von den Behörden als Tatverdächtige ermittelt wurden, seien »bislang überhaupt nicht in der rechtsextremen Szene unterwegs und aktiv« gewesen. »Es ist in diesem Bereich besonders schwierig, die Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen«, konstatierte Jäger.

Auch die »Fallzahlen im Bereich der linksextremistischen Gewalt haben sich von 199 Delikten in 2014 auf 401 Taten in 2015 verdoppelt«, gab der SPD-Politiker bekannt. Die Gleichsetzung von Neofaschisten mit ihren entschiedensten Gegnern, die den gesamten Verfassungsschutzbericht durchzieht, bringt offenbar auch die Schlapphüte selbst durcheinander. So wird das antifaschistische Bündnis »Mönchengladbach stellt sich quer« im neuen VS-Bericht für 2015 als Ableger der bundesweiten, rassistischen Pegida-Bewegung dargestellt. »Damit diffamieren sie unter anderem die örtlichen »Jungsozialisten in der SPD«, die in dem Bündnis aktiv sind«, warf Jasper Prigge, innenpolitischer Sprecher der NRW-Linkspartei, dem Innenminister in einer Stellungnahme vor. »Diese Verwechslung von »rechts« und »links« ist keineswegs nur ein redaktionelles Versehen, sondern Folge angewandter Totalitarismustheorie«, so Prigge.

Dass Jäger in seinem Vorwort erneut Teile der Partei Die Linke als »linksextremistisch« erwähnt, sei parteipolitisch motiviert. Der Bericht selbst bietet keinen Anhaltspunkt für diese These. Die Linke werde sich nicht darauf einlassen, sich in »gute« und »böse« Linke auseinanderdividieren zu lassen. Sie sei »in ihrer Gesamtheit gegen Kriege und Waffenexporte, für die Schaffung von gutbezahlten Arbeitsplätzen und für eine soziale Mindestsicherung sowie gegen Neonazismus«. An dieser Politik würden »auch Etikettierungen« durch den Innenminister »nichts ändern«.